



Nr. 42

14. Dezember 2017

## Inhalt

[Silberbach: Politik sollte stärker auf gewerkschaftliche Expertise setzen](#) +++

[Tarifbeschäftigte der Länder erhalten 2018 mehr Geld – dbb Chef führt kommende Verhandlungen](#) +++

[Öffentlicher Dienst: Beschäftigte verdienen Wertschätzung](#) +++

[Alimentation kinderreicher Beamter: dbb empfiehlt Widerspruch](#) +++

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[NBB: Beamte wollen nicht länger auf versprochene](#)

[Anerkennung warten](#) +++

[komba gewerkschaft: Andreas Hemsing neuer](#)

[Bundesvorsitzender](#) +++

[Innenministerkonferenz: DPoIG will konkrete Beschlüsse für mehr](#)

[Sicherheit](#) +++

[VBE: Bildung darf keine Frage der sozialen Herkunft bleiben](#) +++

## [Namen und Nachrichten](#)+++

aktuell

Informationsdienst des dbb

## Silberbach: Politik sollte stärker auf gewerkschaftliche Expertise setzen

**Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach hat die Politiker bei Bund, Ländern und Gemeinden aufgefordert, bei der Bewältigung aktueller Herausforderungen stärker auf die Hilfe und Beratung von Fachleuten aus dem öffentlichen Dienst und aus ihrem gewerkschaftlichen Dachverband, dem dbb, zu setzen.**

Als Beispiele für die auch den öffentlichen Dienst betreffenden Phänomene führte der kürzlich ins Amt gewählte dbb Chef den demografischen Wandel, Migration, Digitalisierung und wachsende Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft an.

Silberbach sagte dem „dbb magazin“ (Ausgabe Dezember 2017): „Wenn die Politiker zuhören, wollen wir sie gerne mehr und intensiver beraten, aber im Kern und hauptsächlich sind wir eine Organisation zur Interessenvertretung unserer Mitglieder.“ Zudem sei der dbb „Think-Tank“ für alle Themen des öffentlichen Dienstes und der staatlichen Verwaltung. „Diese Rolle werden wir in den nächsten Jahren noch ausbauen“, kündigte Silberbach an. „Da aber nicht unbedingt davon auszugehen ist, dass die Bundespolitiker immer gleich von sich aus auf uns zukommen werden, um sich Beratung zu holen, schlagen wir zum Beispiel vor, im Bundestag einen Ständigen Ausschuss Öffentlicher Dienst einzurichten, der in alle relevanten Gesetzgebungsverfahren eingebunden wird. Dadurch könnten wir unseren Input und die Qualität der Gesetze sicher verbessern“, zeigte sich der dbb Chef überzeugt.

Mit Blick auf die schwierige Lage im Zusammenhang mit der Bildung einer neuen Bundesregierung fügte Silberbach hinzu: „Wenn die Legislative, also Parlament und Regierung, schwächelt, kommt es noch mehr als sonst auf die Exekutive an. Die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst sind es, die den Laden zusammenhalten. Wir brauchen aber auch

eine stabile und entschlossen handelnde Regierung.“ Das Land gehe vor, „vor Parteiinteressen, vor Politiker-Karriereplanung, vor allen taktischen Spielchen“.

Der dbb wolle von den Politikern konkrete Taten - über eine den Aufgaben entsprechende Personalausstattung hinaus - sehen: „einen dauerhaften Ausbau der Ausbildungskapazitäten im öffentlichen Dienst, eine nachhaltige Verbesserung der Auszubildendenvergütung, den Ausschluss sachgrundloser Befristungen von Arbeitsverträgen, ein Investitionsprogramm öffentliche Infrastruktur, die Verbesserung der IT-Ausstattung in der Verwaltung und wirksame Schritte zum Bürokratieabbau“. Die Digitalisierung solle vor allem mit Serviceverbesserungen verknüpft werden, sodass die Bürger beispielsweise eine KFZ-Zulassung oder eine Ummeldung nach Wohnsitzwechsel online erledigen können. Auch bei Information und Beratung der Bürgerinnen und Bürger gebe es Verbesserungsbedarf.

Zur nächsten Einkommensrunde Bund und Kommunen sagte Silberbach, die Gremien des dbb würden am 8. Februar 2018 die Forderung beschließen. An der Verhandlungsgemeinschaft mit ver.di werde festgehalten: „Es lässt sich mehr für die Kolleginnen und Kollegen durchsetzen, wenn die Gewerkschaften sich nicht gegeneinander ausspielen lassen.“

Zum vollständigen Interview im dbb magazin ([ePaper, dbb.de](http://ePaper.dbb.de)).

(01/42/17)

## Tarifbeschäftigte der Länder erhalten 2018 mehr Geld – dbb Chef führt kommende Verhandlungen

**Der dbb und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sowie das Land Hessen haben sich in der Einkommensrunde 2017 auf zwei Entgelterhöhungen geeinigt. Der erste Schritt erfolgte im Bereich der TdL bereits zum 1. Januar 2017 und in Hessen zum 1. März 2017, jetzt folgt der zweite.**

Mit der TdL war vereinbart worden, dass die Entgelte zum 1. Januar 2018 um 2,35 Prozent ansteigen. Die Auszubildenden erhalten von

diesem Zeitpunkt an 35 Euro mehr. Außerdem wird ab Entgeltgruppe 9 für die Zeit ab 1. Januar 2018 die Entwicklungsstufe 6 eingeführt,

ein zweiter Erhöhungsschritt folgt hier zum 1. Oktober 2018.

Die Tarifbeschäftigten des Landes Hessen erhalten ab dem 1. Februar 2018 eine Erhöhung um 2,2 Prozent. Wie bei der TdL bekommen die Auszubildenden 35 Euro mehr und auch Hessen führt ab der Entgeltgruppe 9 die Stufe 6 ein. Darüber hinaus war eine so genannte Freifahrtregelung vereinbart worden, die ab dem 1. Januar 2018 in Kraft tritt. Sie beinhaltet die freie Nutzung des Nah- und Regionalverkehrs. Das gilt auch für die gängigen Mitnahmeregelungen im Rahmen der geltenden Tarifbestimmung der Verkehrsverbände.

Die im Februar 2017 anstehenden Tarifverhandlungen mit Bund und Kommunen wird der dbb Bundesvorsitzende führen. Bisher hat dies der dbb Fachvorstand Tarifpolitik übernommen. Im [Interview mit dem dbb magazin](#) erklärten dbb Chef Silberbach und der Fachvor-

stand Tarifpolitik Volker Geyer nun: „Wir bündeln die Kräfte und erhöhen die Geschlossenheit.“

Ziel sei es, auch mit Blick auf die Verschmelzung von dbb und tarifunion vor fünf Jahren, die Einkommensrunde mehr als bisher ganzheitlich zu gestalten. Außerdem hätten sich die Rahmenbedingungen geändert. „Eine Einkommensrunde beginnt nicht mit der Auftaktverhandlung und sie endet nicht mit den Abschlussstatements in Potsdam. Mit der Politik, den Medien und natürlich auch den eigenen Mitgliedern müssen wir mehr kommunizieren als in früherer Zeit“, erklärte Silberbach. Dafür werde mehr Mobilisierungsmacht und mehr Kampagnenfähigkeit gebraucht. „Ich denke, die Stichworte Zwangstarifeinheit, Flucht aus dem Flächentarifvertrag oder Schuldenbremse reichen, um das Umfeld zu beschreiben, in dem wir versuchen müssen, Tarifpolitik zu gestalten und nicht nur zu verwalten“, führte Geyer aus.

(02/42/17)

Rosenberger neuer BBW Chef

## Öffentlicher Dienst: Beschäftigte verdienen Wertschätzung

**Beim Gewerkschaftstag des BBW - Beamtenbund Tarifunion am 6. Dezember 2017 hat dbb Chef Ulrich Silberbach dem neugewählten dbb Landesvorsitzenden Kai Rosenberger im Kampf um die verdiente Wertschätzung für die Beschäftigte des öffentlichen Dienstes seine volle Unterstützung zugesagt. „Die Regierung hier im ‚Ländle‘ hat zuletzt zwar etwa die Absenkung der Eingangsbesoldung für Beamte zurückgenommen, aber insgesamt bleibt noch deutlich Luft nach oben“, sagte Silberbach.**

Außerdem ging Silberbach auf das Thema Einheitskrankenversicherung ein, das derzeit von der SPD wieder ins Gespräch gebracht wird. „Das verfassungsrechtlich verankert Sicherungssystem der Beamten aus Beihilfe und PKV hat sich über Jahrzehnte bewährt“, betonte Silberbach. Eine Einheitsversicherung hingegen wäre ein Irrweg, der die bestehenden Probleme nur verschärfe.

Rosenberger unterstrich, dass der dbb Landesbund in Baden-Württemberg allen Bestre-

bungen, das bewährte eigenständige Krankenfürsorgesystem der Beamtinnen und Beamten nachhaltig zu verschlechtern, mit aller Entschlossenheit entgegenzutreten werde. Zudem mahnte er eine Überarbeitung der Besoldungsstrukturen an, damit künftig die Besoldung aller Beamten den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts entsprechen. „Es gibt viel zu tun. Packen wir es gemeinsam an“, sagte Rosenberger in Richtung der Landesregierung.

(03/42/17)

## Alimentation kinderreicher Beamter: dbb empfiehlt Widerspruch

**Eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen (OVG NRW) hat die Frage aufgeworfen, ob die Alimentation kinderreicher Beamter (drei oder mehr Kinder) rechens ist. „Wir empfehlen daher den Betroffenen, vorsorglich noch im laufenden Jahr einen Antrag auf Besoldungserhöhung zu stellen und Widerspruch gegen die Höhe der Familienzuschläge einzulegen“, sagte dbb Fachvorstand Beamtenpolitik Friedhelm Schäfer am 12. Dezember 2017.**

Das OVG NRW hatte zuvor einem Finanzbeamten des Landes – über den bereits gewährten Familienzuschlag hinaus – für sein drittes Kind einen weiteren Anspruch zugebilligt. Zur Begründung führte das Gericht aus, dass Beamte für das dritte und jedes weitere Kind einen Anspruch auf höhere familienbezogene Gehaltsbestandteile haben, nämlich jeweils 115 Prozent des durchschnittlichen sozialhilfrechtlichen Gesamtbedarfs eines Kindes. Dies ergebe sich unmittelbar aus einem Bundesverfassungsgerichtsurteil aus dem Jahr 1998. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung hat das OVG NRW die Revision zum Bundesverwaltungsgericht zugelassen.

„Ob das Bundesverwaltungsgericht die Revisionen zur Entscheidung annimmt und das Urteil des OVG NRW bestätigt, kann derzeit nicht verlässlich eingeschätzt werden“, erklärte Schäfer. Das betreffe auch die Frage, welche

Auswirkung das Urteil letztlich auf die in Bund und Ländern völlig unterschiedlich ausgestaltete Besoldung haben könnte. „Grundsätzlich raten wir daher Beamten, Richtern und Soldaten beim Bund und in den Ländern mit drei und mehr kindergeldberechtigten Kindern: Legen Sie vorsorglich zur Fristwahrung bis zum 31. Dezember 2017 bei Ihrem Dienstherrn einen Widerspruch gegen die bisherige familienbezogene Besoldung ein und verbinden Sie ihn mit einem entsprechenden Antrag auf amtsangemessene Alimentation für das dritte und gegebenenfalls jedes weitere Kind. Dieser Widerspruch sollte zudem den Antrag enthalten, das Verfahren bis zu einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts ruhend zu stellen.“  
(04/42/17)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

### **NBB: Beamte wollen nicht länger auf versprochene Anerkennung warten**

**„Der NBB erwartet sofort konkrete Maßnahmen der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen, die Unteralimentierung, die im Wesentlichen auf der Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld im Jahr 2005 beruht, abzubauen.“ Das erklärte der kommissarische Vorsitzende des dbb Landesbundes in Niedersachsen, Achim Henke, am 12. Dezember 2017. „Passiert nichts, müssen wir feststellen, dass die Festlegungen im Koalitionsvertrag nicht mehr als nette Worte sind, von denen sich unsere Kolleginnen und Kollegen nichts kaufen können.“**

Die Beamten seien es leid, dass die Politik auf den Ausgang der vom NBB angestrebten Musterverfahren beim Bundesverwaltungsgericht und Bundesverfassungsgericht warten wolle. Henke: „Der neuen Landesregierung stünde es gut zu Gesicht, noch in diesem Jahr

ein klares Signal an die beamteten Beschäftigten zu senden. Andernfalls ist der Passus des Koalitionsvertrages, in dem es heißt, dass die Arbeit der Beamtinnen und Beamten anerkannt werden muss und attraktiv bleiben soll, reine Makulatur.“  
(05/42/17)

### **komba gewerkschaft: Andreas Hemsing neuer Bundesvorsitzender**

**Der Bundesvorstand der komba gewerkschaft hat am 8. Dezember 2017 in Königswinter Andreas Hemsing zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Er erhielt 100 Prozent der Stimmen. „Ich danke den Kolleginnen und Kollegen des Bundesvorstandes für das entgegengebrachte Vertrauen. Ich freue mich, gemeinsam mit ihnen und unseren Mitgliedern, Gewerkschaftsarbeit für unsere komba aktiv zu gestalten“, sagte Hemsing.**

Das Amt des Bundesvorsitzenden der komba war freigeworden, nachdem der bisherige Inhaber Ulrich Silberbach im November den

Bundesvorsitz der Dachorganisation dbb beamtenbund und tarifunion übernommen hatte.

Neu in die komba Bundesleitung wurde als stellvertretende Bundesvorsitzende Sandra van Heemskerck gewählt. Teil des Führungsgremiums bleiben Hubert Meyers (komba gewerkschaft nrw) in der Funktion als zweiter Bundesvorsitzender sowie Sandra Müller

(komba gewerkschaft rheinland-pfalz), Kai Tellkamp (komba gewerkschaft schleswig-holstein), Mareike Klostermann (komba gewerkschaft thüringen) und Christian Dröttboom (komba jugend).  
(06/42/17)

## **Innenministerkonferenz: DPolG will konkrete Beschlüsse für mehr Sicherheit**

**Im Vorfeld der Innenministerkonferenz (IMK) hat die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) angesichts der zahlreichen sicherheitspolitischen Herausforderungen konkrete Beschlüsse eingefordert. Der DPoIG Bundesvorsitzender Rainer Wendt zählte am 7. Dezember 2017 dazu die im Bundestagswahlkampf von den großen Parteien versprochene Personalaufstockung um 15.000 Stellen. „Die Bundesländer sind jetzt gefordert zu sagen, wie sie den Personalaufwuchs stemmen wollen, der dringend notwendig ist.“**

Konkrete Schritte erwarte die DPoIG auch bei der angedachten gemeinsamen polizeilichen Rahmengesetzgebung. Wendt: „Maßnahmen wie die Telefonüberwachung, der Einsatz der elektronischen Fußfessel oder die Möglichkeit der sogenannten Schleierfahndung sollten länder-einheitlich geregelt werden. Es kann zum Beispiel nicht sein, dass ein Gefährder in einem Bundesland telefonisch überwacht wird und wenn er das Land wechselt, nicht mehr.“ Überdies unterstütze die DPoIG das Vorhaben der CDU/CSU-regierten Länder bei der IMK, den Landfriedensbruch-Paragraphen zu ändern. „Es muss in Zukunft möglich sein, dass

auch derjenige bestraft werden kann, der sich bei einer Demonstration oder bei einer Ansammlung von Menschen, nach polizeilicher Aufforderung nicht aus der Menge entfernt. Ein Agieren von Tätern aus der Masse heraus darf nicht vor Strafe schützen.“

Parallel dazu solle das Thema „beweisichere Festnahmen“ mit dem Ziel erörtert werden, verstärkt moderne Technik einzusetzen. Wendt: „Die Polizei braucht bei Großeinsätzen modernste Videotechnik mit Gesichtserkennungssoftware, um noch schneller beweissichere Festnahmen vornehmen zu können.“  
(07/42/17)

## **VBE: Bildung darf keine Frage der sozialen Herkunft bleiben**

**„Wollen wir das Menschenrecht auf gute Bildung allen Schülerinnen und Schülern in Deutschland unabhängig von ihrer sozialen Herkunft ermöglichen, braucht es mehr staatliche Investitionen“, sagte Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) im Vorfeld des Tages der Menschenrechte am 8. Dezember 2017.**

Es sei ein Armutszeugnis, dass Deutschland als eines der reichsten Länder bei Bildungsinvestitionen weiterhin mit 4,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts deutlich unter dem Schnitt der OECD-Staaten (5,2 Prozent) liegt und die soziale Herkunft in der Bundesrepublik immer noch über die Bildungschancen bestimmt. „Wiederholt belegen Studien, dass der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg gerade in Deutschland eklatant ist. Mehr noch, die Spaltung zwischen lernstarken

und lernschwachen Kindern nimmt nach jüngsten Erkenntnissen sogar noch zu“, so Beckmann.

Bildung sei nachweislich einer der wichtigsten Faktoren für mehr Chancengleichheit. „Politik muss die notwendigen Gelingensbedingungen schaffen, damit Lehrerinnen und Lehrer ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag ausreichend erfüllen können“, forderte der VBE Chef.  
(08/42/17)

## ***Namen und Nachrichten***

Am 8. Dezember 2017 hat der **dbb hamburg** mit der Arbeitsrechtlichen Vereinigung Hamburg die Tarifverhandlungen zur Modernisierung des „Tarifvertrages über Gefahren-, Schmutz- und Erschwerniszulagen“ aufgenommen. Der Vertrag datiere bereits aus dem Jahre 1975 und müsse nun dringend an das 21. Jahrhundert angepasst werden, erklärte dbb Verhandlungsführer Michael Adomat. Der zwischen dbb und Arbeitgeberseite vereinbarte Fahrplan sehe einen erfolgreichen Abschluss der Tarifverhandlungen bis zum Ende des Jahres 2018 vor.

Der Deutsche Philologenverband (DPHV) hat die Kultusminister der Bundesländer aufgefordert, mehr für die Lehrerfortbildung zu tun. „Wir

brauchen gute und nachhaltige Lehrerfortbildung“, sagte die DPhV Bundesvorsitzende, **Susanne Lin-Klitzing**, am 8. Dezember 2017. „Seit mehr als 20 Jahren sind die Länder aufgerufen, Lehrerfortbildung in ausreichendem Maße sowie in guter Qualität bereitzustellen und es den Lehrkräften zu ermöglichen, unkompliziert daran teilzunehmen. Das ist nicht passiert.“ Notwendig seien Bündnisse zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Kultus, um etwa moderne Fachinhalte als Gegenstand von Fortbildung sowie die Überprüfung der Wirksamkeit verschiedener Fortbildungsformate voranzubringen.  
(09/42/17)

Kommende Termine:

**dbb Jahrestagung 2018**

7. - 9. Januar 2018, Köln

**In eigener Sache: Die nächste Ausgabe des dbb aktuell erscheint im Januar 2018**